

Rheinland-Pfalz wählt am 26. Mai

- **DIE LINKE** will
- gute Arbeit vor Ort
- mehr bezahlbaren Wohnraum
- kostenlosen Nahverkehr und gute Anbindung
- lebenswerte Städte und Gemeinden mit sozialen und kulturellen Angeboten
- gute Gesundheitsfürsorge, Pflege und Bildung
- mehr Geld für unsere Kommunen
- Ökologischen Landbau und sanften Tourismus fördern
- Flug- und Bahnärm vermindern
- Ramstein, Büchel und Spangdahlem schließen und zivil nutzen

## Keine Rendite mit der Miete: Wohnen ist Grundrecht

Vierorts sind die Mieten in den letzten Jahren unbezahlbar geworden. Neben den großen Städten sind neuerdings auch deren Umland und verkehrsgünstige Regionen betroffen: Schuld daran ist der Verkauf öffentlicher Wohnungen, die gesetzlich festgeschriebene Bereicherungsmöglichkeit von Vermietern bei energetischer Sanierung und die sogenannte Mietpreisbremse, die völlig wirkungslos ist.

Weil das so ist, werden in Mainz Fantasiemieten gefordert und die Stadt tut nicht nur nichts dagegen – die rot-grün-gelbe Koalition baut lieber teure Wohnungen im Zoll- und Winterhafen, anstatt bezahlbare Wohnungen mit niedrigen und mittleren Mieten zu schaffen.

Die Freude bei privaten Vermietern ist groß – sie feiern explodierende Einnahmen und Gewinne.

Wir werden auch in den kommenden fünf Jahren für die Interessen der Mehrheit kämpfen – Mainz braucht mindestens 15.000 Wohnungen für Menschen mit kleinem Geldbeutel.

Der kommunale Wohnungsbau und die Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften müssen gestärkt, die dauerhafte Sozialbindung neuer Wohnungen muss endlich wieder gesetzlich verankert werden.

Wir wollen gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen, dafür müssen solche Wohnungen auch gegen den Willen des Eigentümers vermietet werden können, natürlich gegen Zahlung einer angemessenen Miete.

Private Immobilienkonzerne wollen wir in öffentliches Eigentum überführen, Preistreibern wie Airbnb werden wir mit entsprechenden Satzungen das Handwerk legen. ■

## In die Zukunft investieren: Kita, Schule, Bildung

Demokratie fängt nicht erst in der Wahlkabine an. Gesellschaftliche Teilhabe beginnt mit Erziehung und Bildung. Wir wollen Kinder und Jugendliche dabei unterstützen, mündige Mitglieder der Gesellschaft zu werden.



Der Personalmangel schränkt das pädagogische Angebot ein, Erzieher\*innen arbeiten jenseits der Belastungsgrenze. Deshalb wollen wir Ausbildung und Beruf auch finanziell attraktiver machen und einen besseren Personalschlüssel einführen.

Wir wollen wohnortnahe Erziehungs- und Bildungsangebote. Darum sind wir für den Erhalt kleiner Schulen. Gleichzeitig muss mehr in die Instandhaltung und Pflege von Gebäuden und Außenanlagen investiert werden.

Es ist also viel zu tun. DIE LINKE stellt sich diesen Aufgaben. Denn gute Erziehung und Bildung sind eine entscheidende Grundlage für eine demokratische und soziale Gesellschaft. ■

## Gute Gesundheitspolitik geht nur mit LINKS. Gute Pflege für alle

Wir wollen nicht einen halben Tag zum nächsten Arzt fahren müssen, um dort dann stundenlang im Wartezimmer zu sitzen: medizinische Versorgung muss wohnortnah sein. Deswegen kämpfen wir auch für den Erhalt kleiner Krankenhäuser auf dem Land.

Wir kämpfen dafür, dass Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wieder in die öffentliche Hand kommen, und streiten gegen die immer weiter um sich greifende Privatisierung des Gesundheitssystems: Denn damit scheffeln wenige viel Geld, während für die meisten Menschen die Versorgung teurer und schlechter wird. Die beste Gesundheitspolitik ist für uns eine, die Gesundheit fördert und Krankheit verhindert. Darum: Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck!

Treppen vor der Arztpraxis, Formulare und Online-Auftritte, die Seh- und Gehörgeschädigte ausschließen, und Fachchinesisch, das kein Mensch versteht – wir wollen, dass das Gesundheitswesen barrierefrei organisiert wird. Leichte Sprache, verständliche Patienteninformation und Hilfsmittel für Seh- und Hörgeschädigte müssen selbstverständlich sein.

Für DIE LINKE ist Gesundheit keine Ware, sondern öffentliche Daseinsvorsorge: Geschäftemacherei mit Alter und Krankheit lehnen wir ab. Wir wollen eine soziale und gerechte medizinische und pflegerische Versorgung, die nicht vom Portemonnaie des Einzelnen abhängt.

Wir wollen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanzieren. Die ambulante gesundheitliche Versorgung wollen wir sowohl in den Städten als auch auf dem Land verbessern. Die beste Gesundheitspolitik ist die, die Gesundheit fördert und Krankheit verhindert. ■



## LINKS macht mobil mit Bus und Bahn

Wir wollen eine ökologische und bezahlbare Verkehrswende: Das Anheben von Grenzwerten und die Versetzung von Messstationen sind keine Lösung. Und fast 2 Euro, um in Koblenz von A nach B zu kommen? Das ist zu viel. Die Tageskarte für 6,30 Euro macht den Busverkehr nicht viel attraktiver, gerade für Menschen, die von geringem Einkommen, Hartz IV oder einer kleinen Rente leben. Andersorts sind die Preise noch höher.

Freund\*innen besuchen, einkaufen, zum Arzt gehen – dafür sind viele Menschen auf Bus und Bahn angewiesen. Hohe Ticketpreise und schlechte Verbindungen führen zu sozialem Ausschluss. DIE LINKE tritt dagegen an: Wir wollen eine bessere Taktung, bezahlbare Tarife und längerfristig einen Nahverkehr ganz ohne Ticket und Fahrpreis. In Luxemburg ist es bald Realität. Wenn alle einen einkommensabhängigen Beitrag leisten und Auto- und Benzinsubventionen umgeleitet werden, ist das bezahlbar. Anders ist eine sozial gerechte und nachhaltige Verkehrspolitik nicht machbar. ■



# Unsere Kandidat\*innen zur Kommunalwahl



Marion Morassi, Kreistagsliste Ahrweiler, 56 Jahre



Wolfgang Huste, Kreistagsliste Ahrweiler, 63 Jahre



Udo Quarz, Kreistagsliste Altenkirchen, 65 Jahre



Dominik Düber, Kreistagsliste Altenkirchen, 35 Jahre



Kemal Gülcehre, Kreistagsliste Alzey-Worms, 49 Jahre



Dirk Hedtke, Kreistagsliste Bad Dürkheim, 50 Jahre



Rainer Böß, Kreistagsliste Birkenfeld, 62 Jahre



Michael Freunschdt, Kreistagsliste Bad Dürkheim, 61 Jahre



Rainer Dhonau, Kreistagsliste Bad Kreuznach, 54 Jahre



Ewald Götz, Kreistagsliste Bad Kreuznach, 68 Jahre



Melanie Wery-Sims, Kreistagsliste Bernkastel-Wittlich, 35 J.



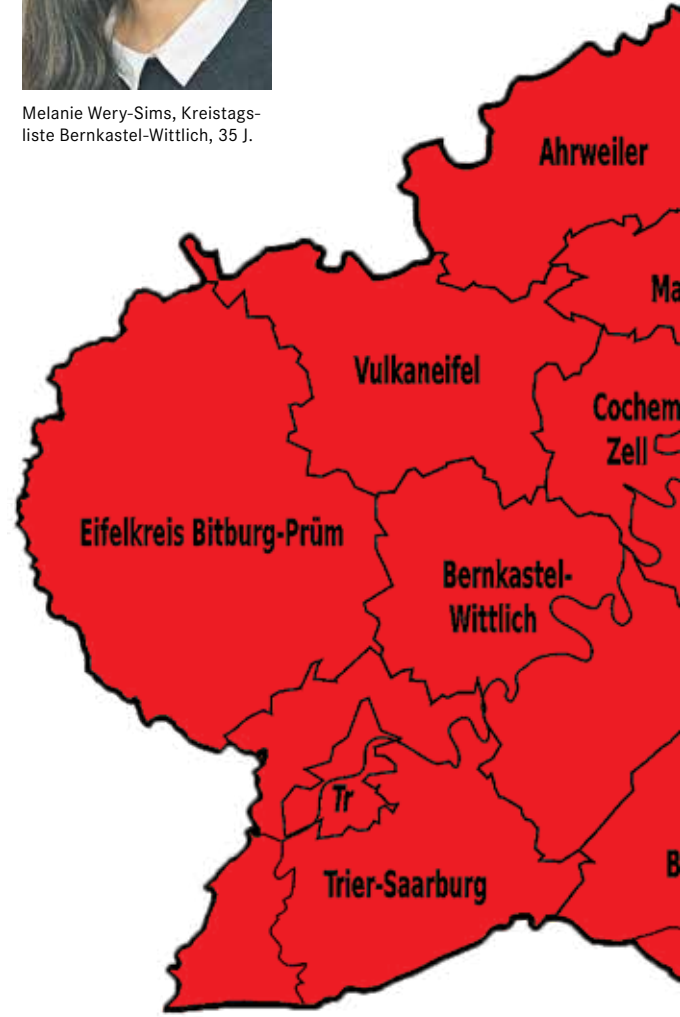
Tanja Krauth, Kreistagsliste Birkenfeld, 50 Jahre



Marco Thielen, Kreistagsliste Bitburg-Prüm, 39 Jahre



Manuel Eppers, Kreistagsliste Bitburg-Prüm, 31 Jahre



Helmut Schmidt, Kreistagsliste Donnersberg, 63 Jahre



David Schwarzendahl, Stadtratsliste Frankenthal, 35 Jahre



Markus Westermann, Kreistagsliste Germersheim, 36 Jahre



Jürgen Strantz, Kreistagsliste Germersheim, 49 Jahre



Alexander Ulrich, Kreistagsliste Kaiserslautern, 48 Jahre



Elke Theisinger-Hinkel, Stadtratsliste Kaiserslautern, 57 J.



Oliver Antpöhler, Stadtratsliste Koblenz, 32 Jahre



Tobias Christmann, Stadtratsliste Koblenz, 20 Jahre



Oliver Naudsch, Kreistagsliste Kusel, 46 Jahre



Manfred Rosin, Kreistagsliste Kusel, 59 Jahre



# Unsere Kandidat\*innen zur Kommunalwahl



Tobias Schreiner, Stadtratsliste Landau, 30 Jahre



Bastian Stock, Stadtratsliste Landau, 26 Jahre



Liborio Ciccarello, Stadtratsliste Ludwigshafen, 48 Jahre



Frederik Anschütz, Kreistagsliste Mayen-Koblenz, 18 Jahre



Carmen Mauerer und Tupac Orellana, Stadtratsliste Mainz



Jochen Bülow, Kreistagsliste Neuwied, 54 Jahre



Daniela Menzel, Kreistagsliste Neuwied, 44 Jahre



Frank Eschrich, Stadtratsliste Pirmasens, 54 Jahre



Brigitte Freihold, Stadtratsliste Pirmasens, 63 Jahre



Ulrich Lenz, Kreistagsliste Rhein-Lahn, 57 Jahre



Michael Maaß, Kreistagsliste Rhein-Lahn, 53 Jahre



Wolfgang Förster, Stadtratsliste Speyer, 60 Jahre



Aurel Popescu, Stadtratsliste Speyer, 44 Jahre



Kristian Fink, Kreistagsliste Südwestpfalz, 26 Jahre



Hans Müller, Kreistagsliste Südwestpfalz, 63 Jahre



Theresia Görgen, Stadtratsliste Trier, 62 Jahre



Jörg Johann, Stadtratsliste Trier, 43 Jahre



Martin »Wanja« Klein, Kreistagsliste Westerwald, 59 Jahre



Thorsten Spelten, Stadtratsliste Zweibrücken, 45 Jahre



# Soziale Politik: Gut für Mensch und Umwelt

DIE LINKE will die ökologischen und die sozialen Interessen in Einklang bringen

## Nachhaltigkeit mit Genuss – die »Essbare Stadt«

**100% sozial, auch kommunal!**

**Kostenlos mobil sein. Preiswert wohnen. Selbstbestimmt leben.**

**DIE LINKE.**

Seit ihrer Gründung macht DIE LINKE im konservativ dominierten Bezirkstag der Pfalz soziale Politik für Mensch und Umwelt. Bei den Neuwahlen am 26. Mai 2019 tritt mit Frank Eschrich aus Pirmasens ein kommunalpolitisches Urgestein der LINKEN an: Eschrich ist seit Jahren Mitglied in verschiedenen Ausschüssen des Bezirkstags und im Verwaltungsrat des Pfalzkrankenhauses. Dort geht es ihm vor allem um die Rechte der Beschäftigten und der Patienten. Der 54-jährige Pirmasenser bringt große kommunalpolitische Erfahrung mit und ist seit zehn Jahren Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Pirmasens. Er sieht DIE LINKE als Anwältin der Beschäftigten in den Einrichtungen des Bezirksverbands, als Mahnerin für Umwelt- und Verbraucherschutz, als Fürsprecherin von Patienten und sozial Benachteiligten genauso wie als Initiatorin von sozialen, ökologischen und kulturellen Projekten: »Ganz oben auf der politischen Agenda steht 2019 die Fortschreibung des Handlungsprogramms

für das Biosphärenreservat Pfälzerwald«, so Eschrich. Kern des »Der Mensch und der Biosphäre-Gedanken« ist das nachhaltige Zusammenwirken von Mensch und Umwelt. Dabei, so Eschrich, müsse es auch um die existenziellen Grundbedürfnisse der im Biosphärenreservat lebenden Bevölkerung gehen: »Das war bisher nur am Rande Thema, darum werden wir uns kümmern. Wenn Natur- und Artenschutz mehr Bedeutung erhalten sollen, müssen die Bedürfnisse der Menschen dabei berücksichtigt werden. Dies entspricht dem Grundgedanken des Biosphärenreservats und ist zwingende Voraussetzung für die Anerkennung durch die UNESCO. Die Landesregierung ist aufgefordert, dafür endlich Geld bereitzustellen.« Handlungsbedarf sieht Eschrich bei der Regionalisierung des Pfalzkrankenhauses für eine bessere Vorortversorgung, der Sanierung des Historischen Museums der Pfalz in Speyer und der Ausstattung der Meisterschule in Kaiserslautern. ■

Kaiserslautern soll »Essbare Stadt« werden, so hat es der Stadtrat auf Antrag der LINKSfraktion beschlossen. Die Verwaltung soll nun städtische Grundstücke dafür bereitstellen. Flächen, die von Anwohnern mit Gemüse, Obst und Blumen bepflanzt werden, sind vor allem ein schönerer Anblick als städtisches »Begleitgrün«, und pflegen müssen die städtischen Gärtner auch nichts mehr. Neben der Kostenersparnis kann man Äpfel, Birnen, Kirschen, Erdbeeren, Salat und alles was sonst noch so wächst, essen: Selbst Angebautes in einer Qualität, die es im Supermarkt um die Ecke nicht gibt. Und obendrein verbinden die gemeinsam verbrachten Arbeitsstunden, der ständige Austausch, die gemeinsame Pflege der Beete, Sträucher und Bäume. So entwickelt sich soziales Leben im Stadtteil, entsteht Zusammenhalt. Kaiserslautern braucht die Möglichkeit zum Engagement vor Ort – gut, dass unser Antrag nun mit Leben erfüllt wird. ■

# Mehr Jobs ohne Airbase

Ramstein muss geschlossen werden

Die Air Base Ramstein bei Kaiserslautern ist der größte Militärflughafen der US Air Force außerhalb der USA. Sie ist zentrale Schaltstelle für rechtswidrige Drohnenangriffe und völkerrechtswidrige Kriege. DIE LINKE setzt sich als Teil der Friedensbewegung für die Schließung des Luftwaffenstützpunkts und die zivile Nutzung des Flughafens ein. Von Befürwortern der Air Base werden immer wieder die zivilen Arbeitsplätze als Argument gegen eine friedliche Nutzung

ins Feld geführt. Das ist eine grobe Fehleinschätzung: Würde man die gleichen Steuermittel, die von deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für den Erhalt des Kriegsflugplatzes aufgebracht werden müssen, der regionalen Wirtschaftsförderung zur Verfügung stellen, könnte ein Vielfaches an zivilen Jobs geschaffen werden. Deshalb bleibt DIE LINKE dabei: Von deutschem Boden darf nicht weiterhin Krieg ausgehen! Denn ohne Frieden ist alles nichts. ■



Protestaktion der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag im Juni 2015

# Ohne Moos nix los in den Kommunen

DIE LINKE wird in den Stadträten und Kreistagen für mehr Geld streiten

**Darum kümmern wir uns.**

**Wir wollen mehr Knete für Gemeinden und Städte.**

**DIE LINKE.**

Drei der fünf am höchsten verschuldeten Kommunen liegen in Rheinland-Pfalz, unter den Landkreisen liegt Kusel auf Platz zwei der Negativliste. Bundesweit verzeichnen wir im kommunalen Vergleich die vierthöchste Pro-Kopf-Verschuldung. Doch die rot-grün-gelbe Landesregierung bleibt weitgehend untätig: Und das, obwohl der Verfassungsgerichtshof unseres Landes schon 2012 entschieden hat, dass das Land nachbessern müsse. Die Frist dafür schöpfte SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer buchstäblich bis zur letzten Minute aus – und legte eine Reform der Kommunalfinanzierung vor, die nicht einmal ein Reformchen ist: Hauptsächlich wird Geld umverteilt, das sowieso schon den Kommunen gehört, eigene Landesmittel verwendet die Mainzer Ampelkoalition nur sehr zurückhaltend. Das Vorgehen reiht sich nahtlos ein in eine Politik, die mit dem weitgehend wirkungslosen kommunalen Entschuldungsfonds anfang und nun mit dem Zinssicherungsschirm und Tilgungshilfe fortgesetzt wird: Rund

30 Millionen Euro will Malu Dreyer dafür jährlich ausgeben – das ist bei einer Gesamtverschuldung von 12,3 Milliarden Euro ein schlechter Witz und verlagert überdies die Lasten in künftige Haushaltsjahre und damit auf künftige Generationen. Und der Gipfel des Etikettenschwindels: Auch bei diesem Konzept steuert das Land, das zuletzt einen Haushaltsüberschuss von rund 900 Millionen Euro verbucht hat, nur die Hälfte bei – wie gehabt zahlen die Kommunen die andere Hälfte aus Geldern, die ihnen sowieso schon zustehen. All das bleibt keineswegs folgenlos: Schwimmbäder, Theater und Büchereien, Jugendarbeit und Ferienfreizeit, Beratungsstellen und nicht zuletzt der kommunale Straßenbau werden geschlossen, ausgedünnt oder finden nicht mehr statt. Wir sagen: Nicht mit uns! DIE LINKE wird in den Stadträten und Kreistagen für mehr Geld vom Land streiten. Denn die Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wer sie finanziell ausblutet lässt, der schadet uns allen! ■

## DIE LINKE Rheinland-Pfalz

Gärtnergasse 24  
55116 Mainz

Tel.: 061 31/23 79 45  
Email: lgs@die-linke-rlp.de

die-linke-rlp.de

@dielinkerlp

@DIE\_LINKE\_RLP

**DIE LINKE ist die einzige Partei, die keine Großspenden von Unternehmen annimmt. Deshalb sind wir unabhängig und können uns für die Mehrheit im Land einsetzen. Unterstütze uns mit einer Spende auf folgendes Konto:**

**Spendenkonto  
DIE LINKE  
Mainzer Volksbank  
DE07 5519 0000 0870 9880 11**

**V.i.S.d.P.:  
Katrin Werner, Jochen Bülow**